

28.10.2011 - 08:36 Uhr

Stärkung der Schuldenprävention und Schuldenberatung: Caritas nimmt Stellung zu drei politischen Vorstössen zur Privatverschuldung und Schuldenprävention

Luzern (ots) -

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats behandelt am 31. Oktober 2011 drei politische Vorstösse zur Privatverschuldung und Schuldenprävention. Caritas begrüsst die Vorstösse und erhofft sich davon wichtige Impulse für die Stärkung der Schuldenprävention und Schuldenberatung.

Gemäss der Erhebung des Bundesamts für Statistik lebten im Jahr 2008 in der Schweiz 570'000 Personen mit erheblichen Kontoüberzügen oder Zahlungsrückständen. Die Schweiz benötigt deshalb ein gut ausgebautes Angebot an Schuldenprävention und Schuldenberatung. Die heutigen Angebote reichen bei weitem nicht aus, um den erforderlichen Bedarf zu decken.

Angesichts der Tatsache, dass nicht nur die öffentliche Hand, sondern auch Gläubiger wie Kreditinstitute und Krankenversicherer von der Schuldenprävention und Schuldenberatung einen Nutzen haben, ist es zu wünschen, dass der erforderliche Ausbau der Kapazitäten auch durch diese Gläubigergruppen mitfinanziert wird. Caritas befürwortet deshalb die parlamentarische Initiative Hiltbold, die eine Umsatzabgabe auf Konsumkreditverträgen für die Finanzierung von nationalen Präventionskampagnen verlangt. Allerdings fordert Caritas, dass die aus der Umsatzabgabe resultierenden Mittel nicht nur für die Schuldenprävention, sondern auch für die Schuldenberatung eingesetzt werden. Bei der Schuldenprävention sollten neben Programmen für junge Menschen insbesondere auch Angebote für die überdurchschnittlich überschuldungsgefährdeten Gruppen finanziert werden.

Caritas unterstützt auch die Motion der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats zur Erhebung von Zahlen zur Privatverschuldung. Allerdings teilt Caritas die Einschätzung des Bundesrats nicht, die Zahlen aus der SILC-Studie würden ein genügendes Bild der Überschuldung vermitteln. Caritas fordert deshalb detailliertere statistische Erhebungen und Studien über den Verlauf von Überschuldungsbiografien.

Die parlamentarische Initiative Aubert fordert ein Werbeverbot für Konsumkredite. Caritas begrüsst die Diskussion über die Werbung für Konsumkredite und stellt mit Besorgnis fest, dass einzelne Kreditinstitute immer aggressivere Werbung betreiben, die in keiner Art und Weise auf die Gefahren einer Kreditaufnahme respektive Verschuldung aufmerksam macht. Konsumentinnen und Konsumenten laufen dadurch Gefahr, nicht planbare Ereignisse wie Arbeitslosigkeit, Trennung oder Scheidung und Krankheit bei ihrem Entscheid über eine Kreditaufnahme ungenügend zu berücksichtigen. Caritas fordert in der Werbung für Konsumkredite im Minimum eine deutlich bessere Information über die Risiken.

Kontakt:

Für weitere Auskünfte steht Ihnen Jürg Gschwend, Leiter der Fachstelle Schuldenberatung, Caritas Schweiz, unter Tel. 041 419 23 44 oder 078 691 86 10, E-Mail jgschwend@caritas.ch zur Verfügung. Zusätzliche Informationen finden Sie auf www.caritas.ch/ueberschuldung.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000088/100706852> abgerufen werden.